

Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik: das Ende der Konkordanzdemokratie und die Verschiebung der Feindbilder

Pelinka, Anton

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pelinka, A. (2001). Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik: das Ende der Konkordanzdemokratie und die Verschiebung der Feindbilder. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(1), 35-47. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59638>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik Das Ende der Konkordanzdemokratie und die Verschiebung der Feindbilder

Der Aufsatz beschreibt und analysiert den Zusammenhang zwischen den Entwicklungen der politischen Kultur der Zweiten Republik und der Vergangenheitspolitik – der Nutzung von Geschichte für politische Ziele. Für die Anfänge der Konkordanzdemokratie war es wesentlich, die Differenz der historischen Wahrnehmung zwischen den beiden die Konkordanzdemokratie tragenden Lagern zu betonen. Für die Abstiegsphase der Konkordanzdemokratie ist dies nicht mehr möglich. In dieser Phase wird nun der Nationalsozialismus, in der Nachkriegszeit ein eher tabuisiertes, weil die beiden Lager nicht trennendes Thema der Vergangenheitspolitik, zum entscheidenden Thema der politisch relevanten Erinnerung. Dieser Wandel der Vergangenheitspolitik wird abschließend in Bezug zu dem von Peter Loewenberg entwickelten Konzept des „Decoding“ gebracht.

Die spezifische politische Kultur der Zweiten Republik ist ein Ergebnis der Vergangenheit; der Wahrnehmung von Geschichte; des politischen Umganges mit Geschichte. Die von Gerhard Lehmbuch (Lehmbuch 1967), Kurt Steiner (Steiner 1972) und Arend Lijphart (Lijphart 1977) in den 60er und 70er Jahren beschriebene Proporz- oder Konkordanzdemokratie war das Resultat eines umfassenden Lernprozesses: Die Erste Republik und deren Ende wurden von der Zweiten Republik überwunden. Die politische Nutzung der historischen Erfahrung sollte entscheidend dazu beitragen, die Zweite Republik zur Antithese der Ersten zu machen.

Dieses Programm hat die Zweite Republik erfüllt. Das Zerbrechen der Ersten Republik am unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Lagern wurde der Zweiten solange immer wieder vor Augen gehalten, bis der Konsens zwischen den Lagern auch an der gesellschaftlichen Basis fest genug war, um einen Erfolg dieser Vergangenheitspolitik diagnostizieren zu können.

Doch damit ist die Vergangenheit nicht tot. Die Geschichte hat ihre politische Rolle keineswegs ausgespielt. Mehr und mehr wurde, parallel zur „Überwindung“ und „Bewältigung“ des Bruches zwischen dem sozialistischen und dem katholisch-konservativen Lager, der (österreichische) Nationalsozialismus in seiner politisch bewegenden Geschichtsmächtigkeit deutlich.

Die nicht zufällige Vernachlässigung dieser Geschichtsmächtigkeit in der Zweiten Republik ist die Ursache dafür, dass der Nationalsozialismus und der Umgang mit diesem in der Zweiten Republik (Stichwort „Opferthese“) zu einer neuen Bruchlinie in Österreich geworden ist. Die Verdrängung der – hinsichtlich des Nationalsozialismus – lagerübergreifenden Betroffenheit durch die auf möglichst klarer Lagerdifferenz beruhende Konkordanzdemokratie wurde zu einem bestimmenden Faktor, der das allmähliche Ende dieser politischen Kultur des elitär garantierten Konsenses ursächlich begleitet.

1. Die horizontale Fragmentierung der Vergangenheit

Die 1945 politisch artikulationsfähigen Interessen wurden innerhalb der beiden Lager gebündelt, die sich parteipolitisch in der ÖVP und der SPÖ organisierten. Interessen außerhalb dieser beiden Parteien waren marginalisiert oder wurden rasch an den Rand gedrängt:

- Das deutschnationale Lager war durch das fast vollständige Aufgehen der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes in die NSDAP diskreditiert (Pauley 1981). Durch den Ausschluss aller Mitglieder der NSDAP vom aktiven und passiven Wahlrecht konnte dieses Lager auch gar nicht agieren. Das änderte sich zwar 1949, als der VDU die Tradition dieses „dritten Lagers“ wieder aufgriff. Doch zu diesem Zeitpunkt waren die informellen Regeln des politischen Systems bereits verfestigt, die politische Kultur der Zweiten Republik war etabliert. VDU und FPÖ waren, für Jahrzehnte, auf eine Außenseiterrolle reduziert.
- Die KPÖ war zwar in der Provisorischen Staatsregierung gleichberechtigter Partner von SPÖ und ÖVP. Die schwere Wahlniederlage 1945, der dominante generelle Antikommunismus und der sich schon bald verhärtende Ost-West-Konflikt entzogen der KPÖ jedoch rasch diese Position des dritten Akteurs. Das Ausscheiden aus der Allparteien-Koalition, 1947, war der Abschluss eines Isolationsprozesses (Gärtner 1979). Der KPÖ war es nicht gelungen, sich als wesentlich (mit)bestimmender Faktor der Zweiten Republik zu etablieren.

Politisches System und politische Kultur der Nachkriegszeit waren praktisch ausschließlich von zwei Lagern und den sie repräsentierenden Parteien geprägt. Die KPÖ, obwohl bis 1947 in der Regierung, war durch die Wahlniederlage vom November 1945 kein bestimmender Faktor mehr. In dieser Konstellation musste die Vergangenheitspolitik sich auf das diese beiden Lager Trennende beziehen. Zwischen ÖVP und SPÖ lagen aber nicht die Erfahrungen mit dem NS-Regime, sondern die Erfahrungen mit dem

Ende der Ersten Republik und dem „autoritären Ständestaat“.

Das wurde durch die Elitenkontinuität noch zusätzlich unterstrichen (Pelinka/Rosenberger 2000, 54–59). Die Personen, die in Regierung, Parlament und in der sich rasch entwickelnden Sozialpartnerschaft bestimmend waren, waren durchwegs von der Zeit vor 1938 geprägt. Sie waren Teil der katholisch-konservativen und der sozialistischen Eliten der Ersten Republik. Renner und Raab, Schärf und Figl, Böhm und Kunschak, aber auch Kreisky und Klaus waren – in ihrem politischen Werdegang – vor allem durch die mit dem Jahr 1934 verbundene Differenz bestimmt.

Zwischen den Personen, die das katholisch-konservative und das sozialistische Lager in der unmittelbaren Zeit nach 1945 repräsentierten, stand die trennende Erfahrung vor dem Nationalsozialismus; und nicht die – teilweise – gemeinsame Erfahrung im Nationalsozialismus. Zur Stabilisierung der Zweiten Republik nach innen war es daher durchaus funktional, den Bruch zu überwinden, der mit der autoritären Diktatur der Jahre 1934 und 1938 zu tun hatte; und die Brüche eher zu ignorieren, die mit der totalitären Diktatur der Jahre 1938 und 1945 ursächlich zusammenhingen.

Diese vergangenheitspolitische Präferenz wurde auch noch dadurch erleichtert, dass die schon in der Unabhängigkeitserklärung angelegte „Opfertheorie“, gestützt auf eine einseitige Wahrnehmung der *Moskauer Deklaration*, das Ignorieren der von der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus verursachten Brüche, unbedingt nahe legte (siehe dazu insbesondere Stourzh 1998). Wenn alle verbrecherischen Aspekte des NS-Regimes nach außen, nach Deutschland projiziert werden konnten, musste es geradezu als geboten erscheinen, die Fragen nach der Verantwortung für dieses Regime in Österreich selbst erst gar nicht zu stellen.

Dieses Kalkül wurde dann 1949 noch durch ein weiteres ergänzt. Sobald es um die Integration der „Ehemaligen“ in das Parteiensystem und damit in die Politische Kultur der Zweiten Republik ging, und sobald klar war, dass der VDU zwar einen erheblichen Teil, aber keineswegs das gesamte Segment dieser „Ehemaligen“

für sich gewinnen konnte (Riedlsperger 1979), setzte für die Eliten von ÖVP und SPÖ die Logik der Konkurrenzdemokratie ein: Um möglichst viele Stimmen aus diesem 1945 noch versperren Pool registrierter NSDAP-Mitglieder zu bekommen, konnte erst recht die sie bestimmende Vergangenheit nicht thematisiert werden.

Das Innenverhältnis der Koalition war 1945 nicht primär durch den Wettbewerb um die Stimmen aus dem jeweils anderen Lager gekennzeichnet. ÖVP und SPÖ wollten vor allem ihre stabil gebliebenen Lager mobilisieren, nicht die Lagergrenzen überschreiten. Die zwischen ÖVP und SPÖ stehende Geschichte konnte und musste daher thematisiert werden – zur Sicherung lagerinterner Loyalitäten. 1949 ergänzte das Hinzutreten eines relevanten, 1945 nicht zugerechneten Stimmensegments diese auf Differenz aufbauende Logik des Elitenverhaltens. Gegenüber den auf dem freien politischen Markt noch zu gewinnenden Stimmen konnte zwar die Differenz in der Wahrnehmung der mit der Jahreszahl 1934 verbundenen Vergangenheit betont werden. Eine Betonung der Differenz in der Wahrnehmung der NS-Vergangenheit war jedoch nicht funktional.

Der Konsens zwischen den Eliten von ÖVP und SPÖ hatte somit seine eigene, vergangenheitspolitische Logik: Das Sprechen über 1934 sicherte die maximale Mobilisierung der „eigenen“ WählerInnen. Das Nicht-Sprechen über 1938 sicherte den maximalen Zugang zu den WählerInnen, die im bipolaren Parteiensystem der Nachkriegszeit weder „eigene“ noch „fremde“ waren. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus lag daher nicht im Interesse der politischen Eliten.

2. Die vertikale Fragmentierung der Vergangenheit

Der inneren Logik der Konkordanzdemokratie und der ihr eigenen Wettbewerbsbeschränkung folgend wurde im Innenverhältnis der Großen Koalition Vergangenheit als Trennlinie betont. Das war nicht das Resultat einer elitären Weichenstellung, sondern die Reflexion vorhandener Tatsachen: Zwischen dem so-

zialistischen und dem katholisch-konservativen Lager waren die Grenzen intakt geblieben. Schon in der Ersten Republik war das Verhältnis von Sozialdemokraten und Christlichsozialen vor allem dadurch bestimmt, dass es zwischen diesen beiden Lagern kaum Fluktuation, kaum – quantitativ – relevante Grenzgänger gegeben hatte (Dachs 1995, 153 f.). Die am Ende der Ersten Republik festzustellende Dynamisierung des Wahlverhaltens betraf nicht das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, sondern war vor allem das Ergebnis der lagerübergreifenden Attraktivität der NSDAP, die nicht nur die Großdeutsche Volkspartei und den Landbund aufsaugte, sondern auch den beiden Großparteien Stimmen entzog (Botz 1980; Hänisch 1998, insbes. 169–238).

ÖVP und SPÖ konnten 1945 davon ausgehen, dass dieses Muster der Ersten Republik am Beginn der Zweiten wiederhergestellt war: Die Fluktuation zwischen dem katholisch-konservativen und dem sozialistischen Lager war quantitativ unerheblich. Quantitativ erheblich war hingegen das Reservoir der „Ehemaligen“, das über die Stärke der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes der Ersten Republik hinausging und daher sich einer eindeutigen Zuordnung zu einem Lager entzog.

Die Basis der beiden, die Konkordanzdemokratie der Zweiten Republik bestimmenden Lager war durch ein im Innenverhältnis integrierendes, im Außenverhältnis trennendes Geschichtsbild charakterisiert: Die Sozialdemokratie konnte integriert werden, wenn an die verbindenden Erfahrungen des Februar 1934 erinnert wurde – und damit die Differenz gegenüber dem katholisch-konservativen Lager herausgehoben wurde. Dieses wiederum konnte am besten dadurch zusammengehalten werden, wenn die in der sozialdemokratischen Wahrnehmung eindeutig zu beantwortende Frage nach der Schuld am Untergang der Ersten Republik an die Sozialdemokratie zurückgespielt wurde.

Dieser fragmentierte Umgang mit Geschichte reflektierte die Kontinuität der Milieus; und fand in der Memoirenliteratur der Nachkriegszeit einen deutlichen Ausdruck:

- Kurt L. Shell attestierte der SPÖ der Nachkriegszeit eine angesichts der historischen Brüche erstaunliche Kontinuität der Parteiorganisation. Das sozialistische Lager schloss 1945 an die Zeit vor 1934 einfach an. Die Zeit der Revolutionären Sozialisten, 1934 bis 1938, und des vollständigen Verschwindens sozialistischer Organisationsformen nach 1938 wurde organisatorisch einfach übersprungen (Shell 1969, insbes. 47–64).
- Lois Weinberger, Obmann des ÖAAB, differenzierte 1948 die „Schuldfrage“ beispielsweise folgendermaßen: *„Der gefährlichste Mann der damaligen Zeit war unzweifelhaft Dr. Otto Bauer ... Ich selbst entsinne mich ... daran, daß Dr. Bauers fanatisierende, gehässige und hetzerische Art außerordentlich viel ... zur Tragödie des Februar 1934 beigetragen hat ... Einmal hat ihn ... Dr. Karl Drexel ... zur Zusammenarbeit auch in der Heimat aufgefordert. Dr. Drexels Appell ist ebenso vergeblich gewesen wie der spätere Zuruf eines landbündlerischen Abgeordneten ... auf eine besonders provokante Herausforderung: ‚Sie arroganter Jud!‘“* (Weinberger 1948, 35).

Für die Wahrnehmung der Ersten Republik in der österreichischen Gesellschaft, das heißt auch insbesondere an der Basis der Lager, gibt es keine empirisch irgendwie seriös begründbaren Annahmen. Der Widerspruch zwischen dem konsensorientierten Verhalten der sozialistischen und der katholisch-konservativen Eliten auf der einen Seite und dem auffallend wenig flexiblen Wahlverhalten auf der anderen Seite lässt die Vermutung zu, dass der fragmentierte Umgang mit der Geschichte vor allem die Funktion hatte, die Loyalität innerhalb der Lager sicherzustellen. Die historisch begründeten Feindbilder zwischen „Schwarz“ und „Rot“ konnten aus der stabilisierenden Kooperation von ÖVP und SPÖ nicht begründet werden. Da diese Feindbilder aber funktional für die Lagermentalität waren, die wiederum den Eliten ein Maximum an Flexibilität erlaubten, wurden sie – durch eine historisierende Politikbetrachtung – von „oben“ nach „unten“ weitergegeben.

Dieser auf die Erste Republik bezogene Umgang mit der Vergangenheit schloss eine umfassendere Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus aus. Deshalb konnte auch Lois Weinberger, in seinem persönlichen Verhalten eindeutig als Gegner des NS-Regimes ausgewiesen, in erstaunlich naiver Weise nach 1945 seine eigenen antisemitischen Reflexe publizieren. Und innerhalb der SPÖ konnte in ebenso erstaunlicher Weise ein Großteil des (vor allem jüdischen) Exils einfach ausgegrenzt werden (siehe dazu z.B. Sturmthal 1989, 175–179).

Die vom Nationalsozialismus verursachten Brüche blieben ausgeklammert. Es wäre für die Mobilisierung entlang der Lagergrenzen nicht funktional gewesen, an die auf das sozialistische und katholisch-konservative Lager ausstrahlende Attraktivität der NSDAP zu erinnern. Die Tabuisierung insbesondere des spezifisch mörderischen Antisemitismus erleichterte die Re-Integrierung „Ehemaliger“ in die beiden regierenden Lager. Diese sollten sich deutlich voneinander unterscheiden. Der nationalsozialistischen Vergangenheit kam dabei entweder die Rolle eines Tabus zu, oder aber die Rolle einer Projektion: Als Opfer hatte Österreich keine Verantwortung. Diese lag ja ausschließlich bei Deutschland.

Diese Ausklammerung lässt sich auch bei den Versuchen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus feststellen. In dem 1966 publizierten Sammelband „Warnung an Österreich“ waren Aufsätze enthalten, die sich gegen die Tendenzen zur Verharmlosung oder auch Wiederbelebung des Nationalsozialismus wandten. Doch die kritischen Fragen nach den Interessen der Parteien, nach der Logik der Re-Integration der „Ehemaligen“ in das politische System blieben aus. Die historische Massenbasis des österreichischen Nationalsozialismus blieb unerwähnt – und daher auch die Ursachen und Folgen dieser Basis. Die Kritik beschränkte sich auf das Aufzeigen von Einzelfällen (Hacker 1966).

Unberücksichtigt blieben auch – zunächst – die alternativen Geschichtsbilder des dritten, des deutschnationalen Lagers. Da dieses bei der Etablierung der Konkordanzdemokratie nicht handlungsfähig und daher auch von den Macht-

beteiligungsgarantien ausgeschlossen blieb, war die Vergangenheitspolitik von VDU und FPÖ von Anfang an vom Ressentiment der Nicht-Beteiligten gekennzeichnet. VDU und FPÖ versuchten das Entgegenkommen der Koalitionsparteien gegenüber den „Ehemaligen“ als nicht ausreichend, die Konzessionen an die Heimkehrer und an die „volksdeutschen“ Vertriebenen als zu gering hinzustellen (Riedlsperger 1978, 27–38).

Dieses Geschichtsbild des „dritten Lagers“ beeinflusste die Sozialisation innerhalb des Lagers (Zöchling 1999, 23–50). Den in dieses Lager Hineingeborenen wurde vermittelt, sie seien die „Parias“ der Zweiten Republik (Mölzer 1990, 41–46). Viktor Reimann, der die NS-Herrschaft in Österreich ein „Zwischenspiel“ nannte, bezeichnete die gegen die (ehemaligen) NationalsozialistInnen gerichteten Maßnahmen der Zweiten Republik als „Ausdruck einer Rache- und Vergeltungsjustiz“ (Reimann 1980, 92). Das „dritte Lager“ fühlte sich ausgeschlossen – und pflegte ein eigenes, alternatives Geschichtsverständnis.

3. Die zeitliche Fragmentierung der Vergangenheit

Das Verhältnis zwischen ÖVP und SPÖ in der Großen Koalition bis 1966 kann als „Innenpolitik mit den Mitteln der Diplomatie“ bezeichnet werden (Engelmann 2000). Die beiden Regierungspartner standen einander als geschlossene Subsysteme gegenüber, als hoch-autonome gesellschaftliche Teilbereiche, die miteinander in der Art außenpolitischer Beziehungen agierten.

Das erstreckte sich auch auf die Vergangenheitspolitik. Die Geschichte der Lager wurde zu einer Art subnationaler Geschichte; mit ihren symbolischen Funktionen, mit ihren Identitätsstiftungen, mit ihrer Definitionsmacht über „Wir“-Gefühle, über Inklusion und Exklusion. Die Lager setzten einen segmentierten Patriotismus voraus – die primäre Loyalität kam, im Rahmen subnationaler Identität, dem sozialistischen oder dem katholisch-konservativen oder dem deutschnationalen Lager zu. Und die Eli-

ten der Lager mussten daran interessiert sein, diese Loyalität zu stärken. Dafür benutzten sie die subnationale Geschichte; dazu betrieben sie sektorale Vergangenheitspolitik.

Mit dem Ende dieser Koalition musste sich auch das Verhältnis zwischen ÖVP und SPÖ verändern. Zwar hatten die Machtbeteiligungsgarantien auch nach 1966 Bestand, doch auf Bundesebene hatte sich die Logik der zwischenparteilichen Beziehungen verschoben: Es war nun realistisch, auf die Möglichkeit einer Alleinregierung zu setzen, gestützt auf die absolute Mehrheit im Nationalrat und ermöglicht durch die seit 1949 ständig zunehmende Konzentration des Parteiensystems.

Das Ende der Koalition, 1966, war paradoxerweise das Resultat einer zu breiten Zustimmung zur Koalition: ÖVP und SPÖ waren gemeinsam in der Koalition gewachsen – bis der vorhersehbare Punkt erreicht war, dass einer der beiden Koalitionspartner über mehr als 50 Prozent der Mandate im Nationalrat verfügen konnte. Die Alleinregierungen Klaus und Kreisky waren nicht Produkt der Schwäche der beiden, bis 1966 gemeinsam regierenden Parteien, sondern das Produkt ihrer Stärke, das heißt der wachsenden Schwäche dritter und vierter Parteien.

Mit dem Ende der Koalition wurde auch der Wechsel der Generationen deutlich. 1966 konnte bereits die Generation wählen, deren wesentliche politische Prägung nach 1945 erfolgt war. Und in der Ära Kreisky näherten sich die WählerInnen, für die der Bürgerkrieg von 1934 die Erfahrung der Elterngeneration war, allmählich dem Status einer Mehrheit.

Diese Generation konnte nun daran gehen, die Vergangenheit zu „dekodieren“ (Loewenberg 1983). Die Tabus der Nachkriegszeit wurden enttabuisiert – insbesondere die funktionale Betonung der mit dem Jahr 1934 verbundenen geschichtlich definierten Differenz zwischen den beiden großen Lagern bei gleichzeitiger, ebenso funktionaler Ausklammerung der eben nicht diese Lager differenzierenden Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus. Das Jahr 1968 war auch eine Chiffre des Protestes einer Generation gegen die andere – quer zu den Grenzen zwischen den Lagern. In dieser Phase konnten auch erstmals systematisch Fragen nach den

österreichischen Wurzeln und den spezifisch österreichischen Aspekten des Antisemitismus gestellt werden. Die erste umfassende Studie dazu war noch außerhalb der Grenzen Österreichs zustande gekommen (Pulzer 1964). Erika Weinzierls 1969 publizierte Arbeit, mit der sie aus einer Studie von Einzelfällen spezifisch österreichische Verhaltensmuster konstruierte, war – nach Friedrich Heers *Gottes Erste Liebe* (1967) und *Der Glaube des Adolf Hitler* (1969) – die erste den österreichischen Antisemitismus thematisierende Arbeit in Österreich (Weinzierl 1969).

Der Generationenwechsel ging Hand in Hand mit der Zunahme eines lagerübergreifenden Patriotismus – eines österreichischen Nationalbewusstseins. Österreich wurde immer mehr als eine die Lager verklammernde Einheit gesehen (Haller 1996). Damit nahm die Prägekraft des segmentierten Patriotismus der Lager ab. Und damit ging auch allmählich die Fähigkeit verloren, die zwischenparteilichen Beziehungen so zu gestalten, als handle es sich um die Beziehungen zwischen souveränen Staaten. Die österreichische Innenpolitik hörte auf, quasi Außenpolitik zu sein.

Die Dekodierung der Geschichte, die nun einsetzte, entzog sich immer mehr der Definitionsmacht der Lager. Dadurch wurde das Thema interessanter, dessen Österreich-Bezug davor weitgehend ausgeklammert war – der Nationalsozialismus. Die „Affären“ Borodajkewycz, Kreisky-Peter-Wiesenthal und Waldheim hatten zwar durchwegs immer auch mit Parteien zu tun, die Wahrnehmungsdifferenzen waren jedoch keineswegs eindeutig von der Zugehörigkeit zu den Lagern bestimmt (Fischer 1966, Wodak 1990).

Diese Dekodierung der Geschichte bezog sich nicht nur auf den Nationalsozialismus, sondern auch auf die Meta-Ebene des Umgangs mit dem Nationalsozialismus nach 1945. Robert Knights Edition der Ministerratsprotokolle eröffnete in den späten 80er Jahren die Möglichkeit einer kritischen Sichtweise, die sich nicht gegen ein bestimmtes Lager und dessen spezifische Instrumentalisierung der Vergangenheit richtete, sondern die sich vielmehr gegen den elitären Konsens der Zeit unmittelbar nach 1945 wand-

te, dessen wichtigster Bestandteil die Tabuisierung von Österreichs Betroffenheit mit dem und Verantwortung für den Nationalsozialismus war (Knight 1988).

Die Vergangenheitspolitik hatte damit die Ära des Nationalsozialismus erreicht. Und die Funktion dieser Vergangenheitspolitik war nicht mehr die Sicherung der lagerbezogenen Loyalitäten in einer fragmentierten Gesellschaft; die Funktion der Vergangenheitspolitik war nun, das zum Thema zu machen, was eben – weil nicht in die fragmentierte politische Landschaft der Nachkriegszeit passend – davor nicht Thema sein durfte: dass die Zustimmung in Österreich zum NS-Regime sich nicht signifikant von der Zustimmung in Deutschland unterschied; dass erhebliche Teile des katholisch-konservativen wie auch des sozialistischen Lagers schon vor 1938 zur NSDAP übergegangen waren; dass ebenfalls erhebliche Teile der NSDAP nach 1945 von ÖVP und SPÖ integriert worden waren – das alles begann nun, Gegenstand des geschichts- und des sozialwissenschaftlichen Diskurses in Österreich zu werden.

Diese Verschiebungen in der Wahrnehmung von Geschichte waren noch nicht das Ende der Konkordanzdemokratie. Diese lebte auch nach 1966 weiter. Allerdings hatte die Vergangenheitspolitik nun ein Stück Geschichte erreicht, dessen Dekodierung zur Erosion der Grundlagen des Systems der Machtbeteiligungsgarantien beitragen musste. Denn mit der Thematisierung des Nationalsozialismus konnte nicht „rot“ gegen „schwarz“, noch „schwarz“ gegen „rot“ mobilisieren. Mit der Entdeckung der österreichischen Seite des Nationalsozialismus verloren die beiden Regierungslager ein Stück Trennschärfe: Der Nationalsozialismus trennte nicht, er verband das katholisch-konservative und das sozialistische Lager:

- durch die Gegnerschaft zum NS-Regime, die wesentliche Teile der Eliten beider Lager ausgezeichnet hatte, und die zur politischen Verfolgung dieser Teile der Eliten geführt hatte;
- durch die Korruption durch das NS-Regime, die erhebliche Teile der Gefolgschaft, aber auch der Eliten beider Lager teilweise schon vor 1938 erfasst hatte;

- durch den systemimmanenten Opportunismus der beiden Lager, der dazu führte, dass beide sich mit erheblichem Erfolg um die Stimmen und die Unterstützung ehemaliger NationalsozialistInnen bemühten.

4. Das Ende der „Lager“ – das Ende der Feindbilder

In der Phase der Alleinregierungen, 1966 bis 1983, erreichte die Konkordanzdemokratie ihren Höhe- und Scheitelpunkt. Trotz des Übergangs zu einem Westminster-Parlamentarismus mit klar definierten und unterscheidbaren Regierungs- und Oppositionsrollen blieben die neben der Großen Koalition entscheidenden Strukturmerkmale elitären Konsenses aufrecht:

- Die Sozialpartnerschaft, gestützt vor allem auf die in der Schlussphase der Großen Koalition ausgebaute Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen (Marin 1982), fungierte als Fortsetzung der Koalition mit anderen Mitteln. Weder die Regierung Klaus noch die Regierung Kreisky nützten die absoluten Mehrheiten von ÖVP bzw. SPÖ, um als grundlegend deklarierte Interessen der Arbeitnehmer- oder der Arbeitgeberseite zu verletzen. Der informelle Kontakt, den Josef Klaus zu ÖGB-Präsident Benya zwischen 1966 und 1970 zu nutzen verstand, und das Vorgehen der SPÖ bei der Beschlussfassung des Arbeitsverfassungsgesetzes 1973 – die Rücksichtnahme auf die prinzipiellen Einwände von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung – belegen dies (Pelinka 1998, 146–155).
- Die Ausgleichs- und Machtbeteiligungsmuster, vor 1966 etabliert, wurden auch von den Regierungen Klaus und Kreisky grundsätzlich respektiert. Das gilt z.B. für die Zugangskontrolle zum Verfassungsgerichtshof (Noll 1994; Pelinka/Rosenberger 2000, 126–129). Obwohl die ÖVP zwischen 1966 und 1970 und die SPÖ danach die rechtlichen Möglichkeiten gehabt hätten, die verabredete Balance im VfGH zu beenden, machten die Parteien davon nicht Gebrauch. Das gilt auch für besondere vertrauensbildende Maßnahmen,

z.B. von Seiten der SPÖ gegenüber der Katholischen Kirche (Pelinka 1998, 176 f.).

Die Konkordanzdemokratie hatte ihre Bewährungsprobe bestanden. Die Alleinregierung der ÖVP konnte nicht als Neuauflage des „Bürgerblocks“ der Ersten Republik missverstanden werden. Und die Alleinregierung der SPÖ rechtfertigte ebenso wenig Ängste, die Sozialdemokratie würde nun eine Art bolschewistisches Regime errichten.

Es fällt auf, dass in den zwanzig Jahren einer Westminster-ähnlichen Konfrontation, zwischen 1966 und 1986, in der politischen Werbung die mobilisierenden Erinnerungen an die Vergangenheit weitgehend aufhören. Die ständigen Versuche, der SPÖ eine besondere Nähe zum Kommunismus zu unterstellen – symbolisiert durch die oft assoziative parallele Verwendung von Parteisymbolen der SPÖ und der KPÖ – hörten auf. Ebenso fand die immer wiederkehrende Mahnung vor einem unterstellten „Dollfuß-Weg“ der ÖVP ein Ende (Hölzl 1974).

Die Erste Republik hatte aufgehört, als Arsenal für die Mobilisierung lagerinterner Loyalitäten zu dienen. Die Geschichte, die als Negativerfahrung von den politischen Eliten der Zweiten Republik als konsensstiftender Kitt im Innen- und gleichzeitig als massenmobilisierendes Rauschmittel im Außenverhältnis genutzt worden war, war an das Ende ihrer Funktionalität gelangt. Die Ursachen dafür lagen auf zwei Ebenen:

- Den Ängsten der Basis des sozialistischen und des katholisch-konservativen Lagers vor diktatorischen Gelüsten des jeweils anderen Lagers, gestützt auf historische Erfahrungen oder Befürchtungen, war die Grundlage entzogen worden. Die ÖVP hatte allein regiert – und der Austrofascismus war nicht wiedergekehrt. Die SPÖ hatte allein regiert – und der Austromarxismus bzw. das, was von den Antimarxisten darunter verstanden worden war, hatte sich nicht gezeigt. Die Botschaft war, dass die aus der Vergangenheit gespeiste Angst vor den jeweils anderen nicht (mehr) berechtigt war.
- Eine erst nach 1945 sozialisierte Generation bestimmte immer mehr die politischen Bedürfnisse. Diese junge Generation war immer

weniger daran interessiert, die Erfolgsbilanz der Zweiten Republik daran zu messen, wie sehr diese sich von der Ersten Republik unterschied. Die lagerspezifische Geschichte der Ersten Republik wurde ebenso wie ein lagerspezifisches Politikverständnis von einer sich internationalen Standards öffnenden Zeitgeschichte und Politikwissenschaft verdrängt. Der Hinweis auf die Formel von der „Diktatur des Proletariats“ im Linzer Programm der SDAPÖ oder auf die Ereignisse des Februar 1934 konnte eine nach 1945 geprägte Generation immer weniger bewegen.

Der Konkordanzdemokratie war damit die Grundlage entzogen – die horizontale Fragmentierung. Die österreichische Gesellschaft konnte immer weniger als die bloße Addition der Subgesellschaften der drei Lager verstanden werden. Die neuen sozialen Bewegungen (insbesondere die Frauen- und die Ökologiebewegungen) legten sich quer zu den Lagern (zur Frauenbewegung: Rosenberger 1992; zur Ökologiebewegung: Gottweis 1997). Neue Cleavages legten sich über die für die Lagerstruktur verantwortlichen. Es entwickelte sich eine Gesellschaft mit immer komplexeren Strukturen, für die der traditionelle Lagerpatriotismus nicht mehr ausreichte.

Die Folge waren Dealignment und Realignment des Parteiensystems. Die beiden Parteien, die auf unterschiedliche Weise davon profitierten, konnten mit der Vergangenheitspolitik alten Stils entweder überhaupt nichts und nur etwas anderes anfangen:

- Die Grünen als vollständig neu formierte Partei konnten ohne Rücksicht auf interne Tabus der Vergangenheit die Geschichte thematisieren, die gerade rund um die Affäre Waldheim und den 50. Jahrestag des Beginns der NS-Herrschaft in Österreich in den Mittelpunkt rückte.
- Die 1986 sich teilweise neu positionierende FPÖ artikulierte die Geschichtsbetroffenheit derer, die vom Konsens der Nachkriegszeit ausgeschlossen waren. Die Freiheitlichen mussten erst recht auf die Ambivalenz keine Rücksicht nehmen, die ursächlich hinter der Vergangenheitspolitik der Nachkriegszeit gestanden hatte.

5. Wahrheit ist nicht Wahrheit

„Political correctness“ ist der Versuch, eine Wahrheit mit Verbindlichkeit festzuschreiben. „Political correctness“ ist nichts anderes als die normative Unterscheidung zwischen Erfahrungen und Werten – eine Unterscheidung, ohne die eine Gesellschaft offenkundig nicht auskommt. „Political correctness“ ist kein neues Phänomen, sondern ein neuer Begriff für ein altes Phänomen.

Auffallend ist, dass es eine bestimmte Art politischer Polemik gibt, die „politisch korrekt“ als negatives Adjektiv verwendet. So schreibt Jörg Haider seinen Gegnern diese Eigenschaft zu: „Darum (um den Patriotismus – Anm. AP) beneiden uns unsere ‚politisch korrekten‘ Gegner“ (Haider 1997, 239). In dieser konkreten Polemik ist der Grund, eine gegnerische Position „politisch korrekt“ zu nennen, die behauptete Geschichts- und Wurzellosigkeit der Gegner: „Sie selbst (die Gegner – Anm. AP) haben die Brücken zur Tradition abgebrochen und sich aus der Geschichte und der damit verbundenen Gedächtnislast fortgestohlen. Wer keine Wurzeln hat, steht auf schwankendem Boden“ (ebd.).

Es ist kein Zufall, dass in Österreich der Widerspruch zur „political correctness“ primär von dem Lager ausgeht, das an der Konstituierung der Zweiten Republik nicht beteiligt war und daher jeden Grund hatte, sich von den Machtbeteiligungsmechanismen der Zweiten Republik ausgeschlossen zu fühlen. Das deutschnationale Lager, politisch organisiert in der FPÖ, war 1945 nicht handlungsfähig, als das Grundmuster für die politische Kultur der Zweiten Republik ebenso festgelegt wurde wie die für Österreich hegemoniale Interpretation des Nationalsozialismus:

- Spätestens mit dem Ausscheiden der KPÖ aus der Koalitionsregierung, 1947, wurden das politische System und die politische Kultur der Zweiten Republik praktisch ausschließlich von der Kooperation des katholisch-konservativen mit dem sozialistischen Lager bestimmt. Dem Deutschnationalismus blieb nur eine gegen den „Proporz“ jahrzehntelang ohnmächtige Polemik.

- Die aus Gründen außenpolitischer Opportunität in den Vordergrund geschobene „Opferthese“, gestützt auf den ersten Teil der *Moskauer Deklaration* (Bischof 1999, insbes. 13–20 und 2–67), ließ die Geschichtserfahrung des deutschnationalen Lagers völlig außer Acht. Für dieses war 1938 das Jahr der Befreiung und 1945 das Jahr der Niederlage gewesen.

Die Geschichtswahrnehmung der FPÖ war aus diesen Gründen von der herrschenden Geschichtsinterpretation der Zweiten Republik nicht erfasst. Der realen, widersprüchlichen Vergangenheit der beiden anderen Lager wurde die Österreichs spezielle Rolle 1938 bis 1945 ausklammernde „Opferthese“ gerecht: ÖVP und SPÖ ersparten sich so in den eigenen Reihen die Auseinandersetzung zwischen der Wahrheit der Widerstandskämpfer und der Wahrheit der ehemaligen Nationalsozialisten. Der realen, überhaupt nicht widersprüchlichen, weil eindeutigen Wahrheit des deutschnationalen Lagers entsprach diese Politik des Ausweichens vor der Geschichte überhaupt nicht.

Die FPÖ war daher frei, die „Opferthese“ zu relativieren. Das bezog sich insbesondere auf die Wahrnehmung der Schlüsseljahre 1938 und 1945. Jörg Haider führte etwa – in deutlichem Widerspruch zu der auf der *Moskauer Deklaration* und der *Unabhängigkeitserklärung* beruhenden „Opferthese“ – aus: „Es waren nicht viele, die 1945 Grund zur Freude hatten oder gar Grund, stolz zu sein“ (Haider in Czernin 2000, 36).

Ähnlich frei war auch die jüngere Generation der Geschichts- und SozialwissenschaftlerInnen, die allmählich schon in den 70er Jahren, deutlich aber rund um die „Affäre Waldheim“ ab 1986 die „Opferthese“ herausforderte (als Beispiel dafür siehe Knight 1988 und Bischof 1999). Die in der Zweiten Republik offiziell korrekte Wahrheit über die Geschichte, insbesondere über die österreichische Betroffenheit im und durch den Nationalsozialismus, wurde von zwei sehr verschiedenen Blickwinkeln in Frage gestellt:

- Die von der FPÖ kommenden Positionen relativierten, mit dem Hinweis auf die intensive Beteiligung von ÖsterreicherInnen am NS-

Regime, zumindest indirekt den Nationalsozialismus. Die von der FPÖ ausgesandte Botschaft war, dass sich Österreich (oder die ältere Generation) nicht generell dafür zu schämen hätte, was unter dem Zeichen des Hakenkreuzes zwischen 1938 und 1945 geschehen war. Beispielhaft dafür war Haider's Rede 1995 in Krumpendorf und sein anschließender Kommentar, mit dem er der Waffen-SS „Ehre und Anerkennung“ zusprach (Haider in Czernin 2000, 48).

- Die Geschichts- und Sozialwissenschaften gingen ebenfalls von der durch die „Opferthese“ vernachlässigten massiven Beteiligung von ÖsterreicherInnen am NS-Regime aus. Die von den WissenschaftlerInnen ausgesandte Botschaft war jedoch der der FPÖ diametral entgegengesetzt: nicht Absolution, sondern Verurteilung zu intensiver Beschäftigung mit dieser Vergangenheit war der Tenor (Beispiele dafür sind Uhl 1992 und Ziegler/Kannonier-Finster 1993).

Die Vergangenheitspolitik pluralisiert sich, fächert sich aus. Anders aber als die im Wesentlichen bipolare Vergangenheitspolitik der Nachkriegszeit, in der eine „schwarze“ und eine „rote“ Wahrheit einander balancierend gegenüberstanden, gibt es nun eine pluralistische Fülle von Wahrheiten über die Vergangenheit:

- Die Wahrheit derer, denen die kritische Thematisierung des Nationalsozialismus ausgleichende Gerechtigkeit gegenüber dem der „Opferthese“ zugeschriebenen Opportunismus der Nachkriegszeit ist, steht gegen die Wahrheit jener, die mit dem Hinweis auf *Moskauer Deklaration*, *Unabhängigkeitserklärung* und *Staatsvertrag* eben diese „Opferthese“ aufrecht erhalten.
- Die Wahrheit derer, denen die Erinnerung an die österreichische Betroffenheit und Beteiligung in den Jahren zwischen 1938 und 1945 eine Art Wiedergutmachung an der verschütteten Geschichte des „dritten Lagers“ ist, steht gegen die Wahrheit jener, die eben diese Enttabuisierung als Aufklärung über den Charakter des verbrecherischsten aller Regime nützen wollen.
- Die Wahrheit derer, denen die Ausklammerung wichtiger Aspekte der Geschichte ein

auch rückblickend notwendiger Preis für die Stabilisierung der österreichischen Demokratie war, steht gegen die Wahrheit jener, die darin eine besondere Form der Verdrängung sehen, deren Folgen sich langfristig besonders negativ für eben diese Demokratie auswirken.

6. Vor einer neuen Polarisierung?

Die eine Vergangenheit hat an politischem Stellenwert verloren – die historische Differenz zwischen den Lagern, die sich auf die Erste Republik und insbesondere auf den Bürgerkrieg vom Februar 1934 bezieht, ist in den Hintergrund getreten. Aber eine andere Vergangenheit hat an politischem Gewicht gewonnen.

Es ist vor allem der Nationalsozialismus, der zum bestimmenden Faktor dieser Revitalisierung der Vergangenheit wird. Die vergangenheitspolitische Kontroverse umfasst den weniger in Österreich und mehr in Deutschland geführten „Historikerstreit“ (Wehler 1988). In Österreich betrifft die vergangenheitspolitische Kontroverse mehr einen tagespolitisch genutzten partiellen Revisionismus. Dieser zeichnet sich durch die Verbindung von grundsätzlicher Distanzierung zum NS-Regime mit der Relativierung bestimmter Aspekte eben dieses Regimes aus. Als Beispiel dafür können verschiedene Äußerungen Jörg Haiders dienen (Czernin 2000, insbesondere 15 f., 17, 19, 31, 33, 45).

Die Wichtigkeit, die der Nationalsozialismus als nunmehr zentrales Thema der Vergangenheitspolitik erhalten hat, ist nur teilweise die Folge eines Zeitenverlaufes, teilweise aber die Konsequenz des spezifischen Charakters des NS-Systems:

– Die Thematisierung des Nationalsozialismus war erst in vollem Umfang möglich, als die auf die Zeit davor, auf die Erste Republik und deren Untergang gerichtete Vergangenheitspolitik ihre Funktion erfüllt hatte. Zunächst musste die Zeit vor 1938 „bewältigt“, dekodiert werden. Dann erst war das gesellschaftliche Bedürfnis und der daraus resultierende politische Druck stark genug, die nächste Phase österreichischer Geschichte in den Mittelpunkt der Vergangenheitspolitik zu rücken.

– Nicht nur in Österreich, sondern auch in (fast allen) anderen Ländern, auch in Israel, ist eine bestimmte zeitliche Abfolge zu beobachten. Die unmittelbar Betroffenen (Opfer, Täter und diejenigen, die in keine dieser beiden Kategorien passen) neigen zu einer geringeren Thematisierung des Nationalsozialismus als die nächste Generation (Wynman 1996; zur Situation in Israel speziell Segev 1993, insbes. 367–386). Die erste Generation weicht aus, verdrängt, relativiert. Es ist die nächste Generation, die zur „Dekodierung“ der Vergangenheit bereit und fähig ist. Diese Ursache verweist auf die Besonderheit, auf die Einmaligkeit des Themas Nationalsozialismus: Es geht nicht um Vergangenheit allgemein, es geht um eine spezielle Vergangenheit, die durch den Holocaust gekennzeichnet ist.

Die erste dieser beiden Ursachen ließe die Prognose zu, dass das Thema Nationalsozialismus in absehbarer Zeit wiederum an Gewicht verlieren wird, sobald die Beschäftigung mit diesem Thema im Zuge eines fortschreitenden Generationenwechsels seine Funktion erfüllt hat. Doch die zweite Ursache lässt eine solche lineare Prognose nicht zu: Die historische Phase des Nationalsozialismus ist eben nicht eine wie die anderen Phasen davor und danach auch, deren Funktionalität einem bestimmten Muster des Auf und des Ab folgt.

Der Nationalsozialismus ist zwar auch ein österreichisches, er ist aber primär ein europäisches Thema. Das gilt insbesondere für das Wesensmerkmal, das den Nationalsozialismus von allen anderen Regimen signifikant unterscheidet – für den Holocaust. Die Absage an diese mit dem Nationalsozialismus ursächlich verbundene Erfahrung ist das entscheidende konstitutive Merkmal eines Europa, das sich als Antithese zum Ethno-Nationalismus der Vergangenheit versteht. Das Europa, das sich in Richtung eines europäischen Bundesstaates bewegt, ist die Antithese zum ethnisierten Nationalstaat, dessen letzte Konsequenz Auschwitz war.

Diese europäische Perspektive macht es unwahrscheinlich, dass der Nationalsozialismus in absehbarer Zukunft seine – negative – Prägekraft für die europäische Demokratie einbüßen wird. Die europäische Demokratie wird auch in

ihrer Zukunft daran gemessen werden, wie sehr sie sich als Antithese zum Nationalsozialismus bewährt. Durch diese Negativfunktion wird der Nationalsozialismus ein wesentliches Thema europäischer und damit auch österreichischer Vergangenheitspolitik bleiben.

7. Neue Fragmentierungen auf den Trümmern der alten

Die Zukunft der österreichischen Demokratie ist durch wachsende Unberechenbarkeit gekennzeichnet. Hand in Hand geht damit eine zumindest potentiell wachsende, neue Polarisierung. Diese folgt nicht dem Grundmuster der alten Fragmentierungen, die der Kultur der Konkordanzdemokratie zugrunde lag (zu den österreichischen Zukunftsperspektiven siehe allgemein Pelinka/Plasser/Meixner 2000).

Fragmentierungen zeichnen sich zwischen den Generationen ebenso ab wie zwischen den Geschlechtern und zwischen „ModernisierungsverliererInnen“ und „ModernisierungsgewinnerInnen“. Jede Fragmentierung wird unvermeidlich von einem bestimmten, im Innenverhältnis verbindenden, im Außenverhältnis trennenden Geschichtsbild begleitet werden. Die Vergangenheitspolitik ist nicht überholt – sie wird sich jedoch immer wieder verändern.

Dabei wird der Nationalsozialismus als das für den Holocaust verantwortliche, von ÖsterreicherInnen teilweise mitgetragene Regime aber nicht aufhören, geschichtsmächtig und dabei – als Thema – unmittelbar politisch zu sein. Insbesondere die ethnischen Konfliktlinien, die Europa durchziehen und Österreich erfassen, sind besonders geeignet, den Nationalsozialismus im Sinne der Vergangenheitspolitik zu nützen. Der Nationalsozialismus wird im 21. Jahrhundert nicht aufhören, zentrales Thema der Vergangenheitspolitik zu sein. Er wird immer wieder als doppeltes Paradigma die Politik beeinflussen:

- als Paradigma im Sinne eines Warnsignals davor, an welches Extrem ethnische Konflikte gehen können;
- als Paradigma im Sinne einer Demonstration der Technik der Instrumentalisierung kollektiver Gefühle.

Eine neue Fragmentierung zeichnete sich rund um die österreichischen Reaktionen auf die Maßnahmen der EU 14 ab. Die Bundesregierung und jene Teile der Öffentlichkeit, die sich mit dieser Position identifizierten, zeigten sich von der Strenge der Maßnahmen überrascht. Dass 14 europäische Regierungen die Regierungsbeteiligung einer Partei wie der FPÖ zum Anlass für bis dahin innerhalb der Union nicht übliche bilaterale Maßnahmen nahmen, macht diese neue Fragmentierung deutlich: Für den einen Teil der österreichischen Gesellschaft ist die z.B. auf die Äußerungen und das Geschichtsbild Jörg Haiders (Czernin 2000) gegründete Politik der EU 14 eine mutwillige Verzerrung – für den anderen Teil ist diese Politik nachvollziehbar und in diesem Sinne verständlich, ja berechtigt. Diese Fragmentierung deutet eine tiefe Kluft bezüglich des zentralen Themas Nationalsozialismus an: Die Wahrnehmung des doppelten Paradigma spaltet Österreich.

Es geht nicht darum, ob Vergangenheitspolitik allgemein akzeptiert wird oder nicht; auch nicht darum, ob der Nationalsozialismus als zentrales Thema politikrelevanter Geschichtswahrnehmung bleiben soll oder nicht. Es geht nicht um das Ob, es geht um das Wie dieser Wahrnehmung. Dabei kann die Entstehung einer österreichischen und europäischen „Geschichtskultur“ gefördert werden (Stiftung Haus der Geschichte 1999).

Eine solche Geschichtskultur würde einer unreflektierten Vergangenheitspolitik entgegenstehen; einer Nutzung von politisch segmentierter und instrumentalisierter Geschichte als bloßes Vehikel für Ein- und Ausgrenzungen. Eine solche Geschichtskultur würde aber akzeptieren, dass Vergangenheitspolitik für die Strukturierung von Gesellschaften unvermeidlich ist. Geschichtskultur ist der Versuch, aus der Phase unreflektierter in eine reflektierter Vergangenheitspolitik überzugehen.

Peter Loewenbergs Konzept des „Decoding the Past“ entspricht nicht dem alltagssprachlichen Begriff der „Bewältigung der Vergangenheit“. Loewenberg geht es vielmehr um die Bewusstmachung des Unterschieds von „Fantasy and Reality in History“. Geschichte

lebt durch subjektive Wahrnehmung fort, wird durch subjektive Wahrnehmung immer wieder neu definiert – und ist deshalb immer politisch. „Politics creates and lives by symbols“ (Loewenberg 1995, 14). Die Wahrnehmung und Nutzung von Geschichte macht aus dieser eine symbolische Politikfunktion (Edelman 1985): Geschichte wird durch Wahrnehmung immer wieder neu konstruiert, wird so Teil der politischen „fantasy“, wird aber so indirekt auch Teil der politischen „reality“.

„Decoding the Past“ ist die Auflösung der subjektiven, manipulierten und manipulierenden Zwischenschichten, die zwischen der realen und der politisch instrumentalisierten Vergangenheit liegen. Damit wird diese weder aufgelöst, noch politisch irrelevant. Sie wird aber so einem rationalen Diskurs geöffnet. Die festen Besitzgrenzen, die sich zwischen die eine und die andere Wahrheit schieben, werden so allmählich aufgehoben.

Vergangenheit kann daher nicht einfach „abgelegt“ werden, kann in diesem Sinne nicht „bewältigt“ werden. Mit Geschichte wird immer Politik gemacht: Die Sklaverei als beherrschendes Thema der US-Vergangenheitspolitik kennt ebenso wenig eine „Bewältigung“ wie der Holocaust als beherrschendes Thema europäischer und damit österreichischer Vergangenheitspolitik.

„Decoding the Past“ ist ein Zugang zur Vergangenheitspolitik, der sich der Methoden der Psychoanalyse bedient (Loewenberg 1983). Durch das Abtragen von Wahrnehmungsschichten wird die subjektive Seite der Geschichtsbilder schrittweise reduziert, indem diese Seite ins Bewusstsein gerückt wird. Durch die Eröffnung eines Diskurses über die Vergangenheit wird diese entsimplifiziert. Zwischen den parteilich-subjektiven Wahrnehmungen entsteht eine Debatte, die Geschichte nicht objektiviert, sie aber in ihrer Funktionalität erkennbar macht. „Decoding the Past“ ist das bemüht rationale Gespräch über Vergangenheit und Vergangenheitspolitik.

Worum es aber in der Vergangenheitspolitik gehen kann, und was insbesondere die Aufgabe einer politikwissenschaftlichen Analyse von Geschichte ist, das ist die Aufdeckung der

Funktionalität von Vergangenheitspolitik; das ist der für jede einzelne Periode von Vergangenheitspolitik mögliche analytische Hinweis auf die Instrumentalisierung der Geschichte für politische Zwecke. In diesem Sinne ist es möglich, die Geschichte zu de-instrumentalisieren: Es gilt, die Vergangenheit als politisch zu begreifen; und sie so dagegen zu immunisieren, dass sie unmittelbar in politische Dienste gestellt wird.

Der politikwissenschaftlichen Analyse von Vergangenheit geht es nicht primär um das Wie von Vergangenheit; sondern vor allem um deren politische Nutzung. Im Zusammenhang mit Österreichs Geschichte ist zuallererst die Frage danach zu stellen und nach Möglichkeit auch zu beantworten, wer warum Interesse an der Exklusion des Nationalsozialismus als spezifisch österreichisches Thema hatte; ebenso ist auch die Frage nach der Periodisierung und nach den dahinter stehenden Ursachen dieses Themas aufzuwerfen: Wann verschieben sich die politisch wirksamen Bilder der Vergangenheit, und warum? Dabei ist davon auszugehen, dass die Geschichte nicht an ihren Endpunkt angelangt ist – auch und erst recht nicht die Geschichte des politischen Umgangs mit dem Nationalsozialismus.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bischof, Günter (1999). *Austria in the First Cold War, 1945 – 1955. The Leverage of the Weak*, London.
- Botz, Gerhard (1980). *The Changing Patterns of Social Support for Austrian National Socialism (1918 – 1945)*, in: Stein U. Larsen/Bernt Hagtvet/Jan Petter Myklebust (Hg.): *Who were the Fascists?*, Bergen.
- Czernin, Hubertus (2000). Wofür ich mich meinerwegen entschuldige. Haider, beim Wort genommen, Wien.
- Dachs, Herbert (1995). *Das Parteiensystem*, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien, 143–159.
- Edelman, Murray (1985). *The Symbolic Uses of Politics*. With a new Afterword, Urbana.
- Engelmann, Fred (2000). *Government by Diplomacy (in Vorbereitung)*, Wien.
- Fischer, Heinz (Hg.) (1966). *Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz*, Wien.
- Gärtner, Heinz (1979). *Zwischen Moskau und Österreich. Analyse einer sowjetabhängigen KP*, Wien.

- Gottweis, Herbert (1997). Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Herbert Dachs u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 342–358.
- Hacker, Walter (Hg.) (1966). Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien.
- Haider, Jörg (1997). Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Wien.
- Hänisch, Dirk (1998). Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien.
- Haller, Max (1996). Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich, Wien.
- Heer, Friedrich (1967). Gottes Erste Liebe. 2000 Jahre Judentum und Christentum. Genesis des österreichischen Katholiken Adolf Hitler, München.
- Heer, Friedrich (1969). Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München.
- Hölzl, Norbert (1974). Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 – 1971, Wien.
- Knight, Robert (Hg.) (1988). „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung über die Entschädigung der Juden, Wien.
- Lehmbruch, Gerhard (1967). Proporzdemokratie. Politisches System und Politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.
- Lijphart, Arend (1977). Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven.
- Loewenberg, Peter (1983). Decoding the Past. The Psychohistorical Approach, New York.
- Loewenberg, Peter (1995). Fantasy and Reality in History, New York.
- Marin, Bernd (1982). Die Paritätische Kommission. Aufgeklärter Technokorporatismus in Österreich, Wien.
- Mölzer, Andreas (1990). Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen – Perspektiven einer politischen Erneuerung, Klagenfurt.
- Noll, Alfred J. (1994). Verfassungsgebung und Verfassungsgericht, Wien.
- Pauley, Bruce (1981). Hitler and the Forgotten Nazis. A History of Austrian National Socialism, Chapel Hill.
- Pelinka, Anton (1998). Austria: Out of the Shadow of the Past, Boulder.
- Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger (2000). Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, Wien.
- Pelinka, Anton/ Fritz Plasser/Wolfgang Meixner (Hg.) (2000). Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Franz Sommer (Hg.) (2000). Das österreichische Wahlverhalten, Wien.
- Pulzer, Peter (1964). The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria, London.
- Reimann, Viktor (1980). Die Dritte Kraft in Österreich, Wien.
- Riedlsperger, Max E. (1978). The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independent Movement since 1945, New York.
- Rosenberger, Sieglinde (1992). Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot, Wien.
- Segev, Tom (1993). The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust, New York.
- Shell, Kurt L. (1969). Jenseits der Klassen? Österreichs Sozialdemokratie seit 1934, Wien.
- Steiner, Kurt (1972). Politics in Austria, Boston.
- Stiftung Haus der Geschichte (Hg.) (1999). Europäische Geschichtskultur im 21. Jahrhundert, Berlin.
- Stourzh, Gerald (1998). Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 – 1955. 4. Auflage, Wien.
- Sturmthal, Adolf (1989). Democracy under Fire. Memoirs of a European Socialist, Durham.
- Uhl, Heidemarie (1992). Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“, Wien.
- Wehler, Hans-Ulrich (1988). Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München.
- Weinberger, Lois (1948). Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich, Wien.
- Weinzierl, Erika (1969). Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938 – 1945, Graz.
- Wodak, Ruth u.a. (1990). „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegs-antisemitismus, Frankfurt am Main.
- Wynman, David S. (ed.) (1996). The World Reacts to the Holocaust, Baltimore.
- Ziegler, Meinrad/Waltraud Kannonier-Finster (1993). Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien.
- Zöchling, Christa (1999). Haider. Licht und Schatten einer Karriere, Wien.

AUTOR

Anton PELINKA, geb. 1941, seit 1975 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, seit 1990 wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien. Forschungsschwerpunkte: Politisches System Österreichs, Vergleich politischer Systeme, Demokratietheorie.

Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, Universitätsstraße 15, A 6020 Innsbruck, e-mail: anton.pelinka@uibk.ac.at